

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

Der Funke erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 223 B

BERLIN • Donnerstag, den 22. September 1932

1. JAHRGANG

# Arbeiterschaft nimmt den Kampf auf. Die ersten Schritte zu einer großangelegten Einheitsfront.

Wer, Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, hat an die Gewerkschaftskollegen einen offenen Brief geschrieben, den wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken. Er ist nicht nur dem Ton und Inhalt nach eine wesentlich schärfere öffentliche Kundgebung der freien Gewerkschaften als die seit langer Zeit erfolgten, sondern er ist auch geeignet, im Falle der Durchführung seiner Ankündigungen eine neue Grundlage zu schaffen für die unerlässlichen Bestrebungen, die Arbeiterschaft zu einheitlicher Aktion zusammenzubekommen.

Der Brief verzichtet auf die Betonung der bisher immer hervorgehobenen Verbrüderung mit der SPD. Wir haben ihn auch bisher in der SP-Prese noch nicht abgedruckt gefunden. Der Brief sagt u. a. ausdrücklich: Wir wollten ohne Bürgerkrieg den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen, und er enthält die Erklärung der Bereitwilligkeit, von diesem Wege jetzt — wenn dazu gezwungen — abzugehen. Der Brief enthält die ausdrückliche Beförderung, daß, wie früher, jetzt außer dem Unternehmertum auch die Regierung und weite Kreise des Bürgertums und Bauerntums gegen die Arbeiterschaft stünden. Der Brief enthält ferner die Ankündigung, daß über die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel hinaus die dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation...

In Bezug auf den Weg zu diesem Ziel sagt Leipart: „Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? ... Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.“

Diese Stellungnahme des Bundesvorsitzenden des ADGB und die bereits von uns gemeldete größere Aktivität der freigewerkschaftlichen höheren Funktionäre und auch der Arbeiterschaft sind geeignet, der Einheitsfront der Arbeiterschaft wirklich zu dienen: Der Weg, den wir von Anfang an als für das Zustandekommen der Einheitsfront wieder und immer wieder beschrieben haben, wird hier endlich — wenn auch zögernd — gegangen — wenn auch nicht der Einsicht, sondern der Not gehorchend. Wir haben von den Kommunisten und den anderen linken politischen Organisationen der Arbeiterschaft stets verlangt, in den freien Gewerkschaften zu bleiben und dort nicht eine blödsinnige Fraktionspolitik zu treiben, sondern ohne alle Hintergedanken eine wirklich vorwärtstreibende Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Wir haben viele Genossen von der Richtigkeit dieser Meinung überzeugt; freilich bleiben noch eine Menge übrig, die es nicht begriffen haben: das Bestehen der RGO und die Komödie der sogenannten Opposition auf dem Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dortmund beweisen das. Für diese Genossen wird jetzt vielleicht ein anderer Gesichtspunkt belehrender sein, der jetzt für sie dazutritt: Sie hatten vor, durch Fraktionen bzw. eigene Gewerkschaften die große freigewerkschaftliche Bewegung zu „revolutionieren“. Statt dessen haben sie durch eine alberne Taktik sich selber isoliert und damit die Kampfkraft der Gesamtbewegung herabgemindert, weil sie viele und mit Recht unzufriedene Kollegen davon abgehalten haben, die Gründe ihrer berechtigten Unzufriedenheit innerhalb der freien Gewerkschaften zu beseitigen und damit diese aktionsfähig zu machen. Zu der eigenen Isolierung jener Genossen tritt nun hinzu, daß das, was sie eigentlich beabsichtigten: die Gewerkschaften zum Kampf zu zwingen, inzwischen den unfreundlichen Maßnahmen Herrn von Papens in nicht unerheblichem Maße gelungen ist. Die Isolierung jener Kollegen wächst also immer mehr, weil auch die Gründe verschwinden, aus denen heraus sie ihre Sonderaktionen bisher, wenn auch nur zum kleinen Teil und scheinbar, rechtfertigen konnten. Es bleibt also jetzt jenen Kollegen schon aus Gründen ihrer eigenen Parteipolitik fast nichts anderes mehr übrig, als sich der großen Gesamtbewegung wieder anzuschließen.

In der Tat hat auch ein RGO-Funktionär bei Siemens bereits erklärt, daß die RGO jetzt die Gewerkschaften wieder „bejahe“.

So tragrig die verfehlten politischen Spekulationen der KP, der KPD-O, der SAP und noch anderer Gruppen auch gewesen sind — es ist gerade an Hand des Leipartschen Briefes die Möglichkeit gegeben, den scheußlichen Bruderkampf des deutschen Proletariats in kurzer Zeit weitgehend zu beseitigen: Der erste Schritt dazu muß eine radikale Umstellung jener Organisationen in der Behandlung der freigewerkschaftlichen Bewegung sein, und zwar eine Umstellung, wie wir sie seit

Jahren verlangen. Wenn eine solche Umstellung erfolgt, würde sich — was ungeheuer wichtig wäre! — wahrscheinlich erreichen lassen, daß auch die überwiegende Fraktion der SPD in den Gewerkschaften einigermaßen in ihre Grenzen zurückgewiesen wird.

Eine kämpfende Gewerkschaftsbewegung kann natürlich gar nicht anders, als mit diesem Kampf auch die politischen Gruppen der Arbeiterschaft anzuregen und anzustoßen. Eine Gewerkschaftsbewegung, die innerhalb ihrer eigenen Reihen die Zersplitterung liquidiert hat, könnte mit größerem Nutzen als bisher und auch mit gutem Recht darauf dringen, daß auch die politische Zersplitterung der Arbeiter-

matlonen zu lesen war: die Aufforderung zum Kampf unter dem Ausblick auf den Sozialismus. Wer dies an dem Brief beachtet und für diese neue Seite wirbt und eintritt, wer aus diesem Grunde alles Nebenhertraben und Durcheinandertraben in der gewerkschaftlichen Bewegung bekämpfen hilft, der hilft der freigewerkschaftlichen Bewegung, der Einheit der Arbeiterklasse und dem Sozialismus.

Besondere Revolutionäre werden vielleicht sagen: Die Proklamation stünde auf dem Papier, und man müßte erst abwarten, was daraus würde. Dazu ist zu sagen, daß über die Verwendung der Druckerschwärze hinaus die Gewerkschaften den Streik gegen die Durchführung der Notverord-

## Die Christen beinahe für die Revolution.

### Vom Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Am zweiten Verhandlungstage des Kongresses wurde die Aussprache über den Bericht von Kaiser (Köln) fortgesetzt:

Böcker (Arnsberg) forderte die Kongreßteilnehmer auf, die Arbeiterschaft aufgehetzt und aufgespalten werde in einer Form, daß selbst die

Polizei nicht in der Lage sei, Arbeiterversammlungen aufzulösen.

Vom neuen Reichstag forderte er die Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung, womit er offenbar die hemmungslose Notverordnung mit Hilfe des besagten Artikels in enge Grenzen gezogen haben möchte.

Fischer, von den christlichen Textilarbeitern, meinte, daß die Arbeiterschaft nicht aufgehetzt zu werden brauche, da ihre

Erregung sowieso auf dem Siedepunkt

angelangt sei. Gegenüber einer neuen Lohnabbauwelle könnten die Verbände kaum die Gewähr für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung übernehmen.

Prälats Pieper wandte sich gegen die Versuche, die Arbeiterschaft als politisch unzuverlässig zu verleumdern. Diese Herabsetzung sei das schwerste Unrecht, daß der Arbeiterschaft zugefügt werden könne. Natürlich folgte hier der unvermeidliche — wenn auch beschämende, weil rühmlich erwähnte — Hinweis auf die Beteiligung der Arbeiter am Völkermorden, die ihre „nationale“ Zuverlässigkeit beweise.

Baltrusch (Berlin), der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, verlangte, daß alle monopolistischen Unternehmungen gemeinwirtschaftlich verwaltet und daß die Genossenschaften der Arbeiter gefördert würden. Auch er verurteilte selbstverständlich scharf die schweren Eingriffe der Regierung Papens in das Lohn- und Tarifwesen und forderte für die Behebung der Krise „die Erringung und Erhaltung eines angemessenen Reallohnes und damit eine Stärkung der Kaufkraft“.

Auch er äußerte sich über die drohende Gefahr, die dem Bestand der Gewerkschaften von seiten der Präsidentsregierung drohe.

### In der Aussprache über die Rede Baltruschs

forderte

Kallscheidt, vom christlichen Bergarbeiterverband, unter lebhaftem Beifall die Verstaatlichung der freien Wirtschaft, vorerst der Schwerindustrie und des Bergbaus. Für die hohen Subventionen aus allgemeinen Steuermitteln fordere die Arbeiterschaft ein entsprechendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht.

Kürner (Köln), vom Landesverband Rheinland, verlangte gleichfalls Verstaatlichung der privaten Wirtschaft. Die Gewerkschaften verlangten eine sinnvolle staatliche und genossenschaftliche Wirtschaftsbeeinflussung sowie ein System sinnvoller Planwirtschaft, die allein der Arbeiterschaft ein gerechtes Mitbestimmungsrecht ermögliche. Eine absolute Autarkie seibarer Unsinn.

Fahrenbrach, vom christlichen Textilarbeiterverband, betonte, daß der Wirtschaftsplan der Reichsregierung von der Arbeiterschaft nicht in allen Teilen und unter allen Umständen abgelehnt werde. Jedoch setze er in die praktische Durchführung dieses Planes erhebliche Zweifel, da er rein spekulativer Natur sei. Wenn die erhoffte Wirtschaftsbelebung nicht eintrete, dann werde der Plan zu einem Verhängnis für Staat und Wirtschaft. Jede Schwächung der Kaufkraft, wenn man systematisch darauf abziele, sei ein nationales (!) Verbrechen.

Behrens, der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes, forderte den Abbau der überspitzten (!) landwirtschaftlichen Großbetriebe. Jede Beeinträchtigung der Kaufkraft führe zu einer Verschärfung der landwirtschaftlichen Absatzkrise. Behrens forderte aus nationalen Gründen beschleunigte Durchführung des Regierungsprogramms!

Die Tagung wird fortgesetzt.

(Fortsetzung 2. Seite.)

schaft beseitigt wird, zunächst durch Herstellung einer Einheitsfront für die Verwirklichung der Ziele, über die es innerhalb der linken Arbeiterschaft keinen Streit gibt. Diese Ziele haben wir unseren Lesern oft genannt; es sind die elementarsten politischen Rechte: die Freiheit der Koalition, der Meinungsäußerung, der gleichmäßigen Behandlung vor dem Gesetz, die Beseitigung der skandalösen Subventionspolitik und anderes.

Es kommt alles darauf an, den Anlauf, den hier die Führung der freien Gewerkschaften nimmt, zu stützen.

Es läßt sich gewiß an dem Leipartschen Brief manches herankritisieren. Mancher wird ihn zu schlapp finden, mancher zu unklar, manchem wird er als kleinbürglich erscheinen, anderen als reformistisch. Für jedendaliger Vorwürfe wird man einen Beleg finden. Gerade weil das so ist, sind wir dafür,

aus diesem Brief das Neue herauszulesen, etwas, was seit Jahren nicht in gewerkschaftlichen Prokla-

mationen in den Betrieben nicht nur generell angekündigt, sondern hier und da auch begonnen haben. Aber mag auch wirklich bei vielen führenden Gewerkschaftsfunktionären mehr der Wille vorherrschen, der radikaleren Stimmung in der Arbeiterschaft durch einen radikalen Brief gleichsam den Mund zu stopfen, — es kommt darauf an, gerade für die, die das glauben, die Gewerkschaftsführer auf diesen Brief beim Wort zu nehmen. Und auch das kann nicht anders geschehen, als innerhalb der Gewerkschaften genau in dem Sinne zu arbeiten, den Leipart hier vorschlägt. Wer nur abwarten will, was aus den freien Gewerkschaften wird, wenn nur hartnäckige Reformisten dort die Politik bestimmen, der ist gewiß kein Revolutionär, wenn er hinterher mit angeblicher politischer Weisheit feststellt, daß die Reformisten reformistische Politik gemacht haben. Das wissen wir nämlich vorher: Wir wollen aber gerade abwarten, was geschieht, wenn Revolutionäre die Reformisten beim Wort nehmen, die entweder dem Zuge der Zeit oder dem ihres Herzens folgend, aufgefordert haben, eine kämpferische Politik zu betreiben.



# Die Gewerkschaften vor der Entscheidung.

—t. In der Wirtschaftspolitischen Aussprache des ISK, die am Dienstag abend in Berlin unter Leitung von Hellmut Rauchenplat stattfand, wurden die ökonomischen Aussichten von Papens Wirtschaftsprogramm in eingehender Diskussion geklärt. Das politisch wichtige Ergebnis der Diskussion war, daß die Gewerkschaften — gleichgültig, ob sie den vorgesehenen Tariflohnabbau jetzt dulden oder nicht, vor großen Schwierigkeiten stehen:

Nehmen wir an, es gelänge Papen, mit Hilfe von Einstellungsprämien und Lohnsenkungen Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und daraufhin, wie angekündigt, im Winter die Unterstützungssätze zu erhöhen. Dann werden die neu eingestellten Arbeiter und die Empfänger der erhöhten Unterstützungen, ferner alle diejenigen, die mit ihrer Entlassung im Winter rechnen, deren Entlassung aber durch Papens Notverordnung verhindert wurde — die Gruppe der Arbeiter, die mit ihrer Entlassung rechnen, ist größer, als die Zahl derjenigen, die tatsächlich entlassen worden wären! — keinen Anlaß haben, den Gewerkschaften dankbar zu sein, wohl aber allerhand Anlaß, Papen zu loben. Andererseits werden viele von denen, die beschäftigt waren und nun Lohnkürzungen auf sich nehmen müssen, auf die Gewerkschaften schimpfen, die diesen Lohnabbau nicht verhindert haben. Außerdem werden viele Arbeiter den Gewerkschaften noch gleichgültiger als heute gegenüber stehen, weil sie es nicht verstanden haben, die viel gerühmten revolutionären Errungenschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts zu erhalten.

Wie steht es aber, wenn die Gewerkschaften die Lohnherabsetzungen und damit eine wichtige Ankurbelungsprämie für die Unternehmer verhindern? Dann wird Papen erklären, seine Aktion zur Belegung der Wirtschaft sei durch

die Sabotage der Gewerkschaften gehemmt worden. Alle diejenigen, die ihn beim Glücken seines Planes gelobt hätten, werden dann nicht ihn, sondern die Gewerkschaften tadeln. Und selbst von denen, die durch die Gewerkschaften vor Lohnkürzungen bewahrt wurden, werden keineswegs alle mit den Gewerkschaften zufrieden sein; denn manche werden infolge weiterer Schrumpfung der Wirtschaft entlassen werden und statt des ungekürzten Tariflohns die dann nicht erhöhte Unterstützung beziehen.

Ein Kollege meinte zunächst, er sähe für die Gewerkschaften keinen Ausweg „aus dieser Zwickmühle“. Doch einigten sich alle Teilnehmer im Verlauf der weiteren Diskussion darüber, daß es einen Ausweg gibt: Die Gewerkschaften dürfen sich nicht darauf beschränken, den Lohnabbau in einzelnen Betrieben abzuwehren und dadurch den Papenschen Plan zur Belegung der Wirtschaft zu stören; sie müssen vielmehr einen anderen Plan an seine Stelle setzen. Gegen die Lohnkürzungen in einzelnen Betrieben zu kämpfen, das ist ja kein Kampf gegen Papen, sondern, wenn es auch die Durchführung von Papens Plan stört, ein Kampf gegen einzelne Unternehmungen. Der Kampf gegen Papen muß zum Ziel haben, die Regierung der Barone durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen und den Plan zur Belegung der Wirtschaft auf Kosten der Ausgebeuteten zu ersetzen durch einen Plan zur Belegung der Wirtschaft auf Kosten der heute herrschenden Klasse.

**Berichtigung:** In Nr. 222 beriefen wir uns in dem Artikel „Die klägliche Rolle der Opposition“ auf einen anderen, in dem über die Forderung des Generalstreiks geschrieben worden ist. Dieser letzte Artikel steht nicht, wie irrtümlich angegeben, in der gleichen Nummer, sondern in Nr. 221: „DMV zur Notverordnungs-Lohnkürzung“.

## SP-Regierung in Schweden.

Die schwedischen Wahlen haben die Sozialdemokratische Partei zu der stärksten Partei des schwedischen Reichstages gemacht. Der Führer der SP, Per Albin Hansson, ist daher vom König mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Eine Mehrheit besitzt eine sozialdemokratische Regierung im Reichstag jedoch nur dann, wenn sie von einer der linksbürgerlichen Gruppen unterstützt wird; denn die bürgerlichen Parteien haben zusammen mit 118 Sitzen immer noch die Mehrheit; die Linke, einschließlich der beiden kommunistischen Parteien, verfügt nur über 112 Sitze.

Hansson ist seit 1925 Führer der SP und war schon dreimal Wehrminister.

## Die Neubesetzung des Danziger Völkerbundkommissariats.

Der Tod des Danziger Völkerbundkommissars, Gravina, bedeutet für die Schlichtungsarbeiten in den Streitfragen zwischen Danzig und Polen eine peinliche Unterbrechung. Gravina sollte in den nächsten Tagen nach der Prüfung der Sachverständigen-Gutachten eine endgültige Entscheidung über die Gesamtregelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Danzig und Polen und über die Frage des Gdinger Hafens fällen. Da die Entscheidung bei den gespannten Beziehungen zwischen Danzig und Polen nicht lange hinausgezögert werden darf, so steht der Völkerbundsrat am Freitag vor der Aufgabe, einen Nachfolger für Gravina zu ernennen.

Der Dringlichkeit dieser Neuernennung stellt aber die Schwierigkeit gegenüber, daß eine Einigung zwischen Deutschland, Polen und den übrigen Großmächten auf eine für diesen Posten geeignete Persönlichkeit kaum so schnell erzielt werden kann. Es wird daher der Gedanke erwogen, zunächst nur für einen Vertreter des Danziger Völkerbundkommissars zu sorgen, der für einige Monate die Geschäfte in Danzig führt. — Daß es wesentlich leichter sein soll, den Streit um die Persönlichkeit dieses Vertreters zu vermeiden, als sich auf einen Nachfolger Gravinas zu einigen, ist schwer einzusehen; denn die Vertretung wurde ja ausgerechtdarum so notwendig, weil schon in den nächsten Tagen schwerwiegende Entscheidungen zu treffen sind.

## Der heiße Boden der Mandchurei.

Der sagenhafte General Ma, der unzählige Male tot gemeldet wurde und doch noch lebt, ist wieder mit einer Armee in der Mandchurei aufgetaucht und hat bei Kirin die Ghudai-Eisenbahn angegriffen. Die Japaner haben zur Abwehr mehrere Regimenter zusammengezogen. Infolge der Verschärfung der Kämpfe hat der japanische Kabinettsrat den Kriegsmilitär ermächtigt, zwei weitere Brigaden nach der Mandchurei zu entsenden.

Der Streik in den japanischen Munitionsfabriken von Osaka, der den Japanern bei ihrem großen Bedarf an Kriegsmaterial sicher sehr ungelogen kam, wurde schon nach wenigen Tagen zerschlagen, ohne daß die Arbeiter ihre Forderungen auf Lohnerhöhungen durchsetzen konnten.

Die Regierung der Mandchurei hat erklärt, daß sie demnächst ein Gesetz erlassen werde, nachdem die chinesische Währung in der Mandchurei eingezogen und dann nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel betrachtet werden wird.

„Der Bund der Aufrechten“, eine bisher in Preußen verbotene monarchistische Vereinigung, hat ihre Tätigkeit unter Herrn Dr. Brachts Regime wieder aufnehmen können und dürfen.

Die Reichsbank senkte am Mittwoch, wie erwartet, den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent.

## Argumente des Herrn Bracht.

Auf Veranlassung Brachts hat der Magdeburger Oberpräsident die Wochenzeitung „Das Reichsbanner“ für vier Wochen verboten. Herr Bracht fühlte sich dazu veranlaßt, durch einen Artikel über „Die Schuld von Ohlau“, den ein Kenner des Sachverhalts, Rechtsanwalt Braun aus Magdeburg, der die Ohlauer Reichsbannerleute verteidigt hat, in Form eines an Bracht gerichteten Offenen Briefes geschrieben hat. Es ist nicht bekannt geworden, worin etwa Rechtsanwalt Braun falsche Behauptungen aufgestellt haben soll.

## Verboten wurde ferner:

der württembergische Landesaufmarsch der Antifaschisten, den die Kommunisten für den 1. und 2. Oktober in Stuttgart vorgesehen hatten.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat dem nationalsozialistischen Wanderverein „Wanderer“ den Zutritt zu öffentlichen Versammlungen verboten, weil der Regierung Verfassungsverstoß vorgeworfen worden sei. Außerdem wird der Vorwurf erhoben, sie habe zur Auflösung des Reichstages einen Scheingrund gesucht und ihre Gründe für ihre Rechtfertigung seien nur Ausflüchte.

Eine kommunistische Versammlung in Erfurt wurde aufgelöst, weil Torgler der Regierung vorgeworfen hat, sie rüste auf, um einen neuen Krieg zu beginnen. Als er nach zweimaliger Vorwarnung sagte, die schrecke vor keinem Verfassungsverstoß zurück, erfolgte die Auflösung. Anwesenheiten der Versammlungsteilnehmer wurden von der Polizei mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben.

Vor der Löbe-Wels-Versammlung im Berliner Sportpalast am Dienstag wurden acht Kommunisten festgenommen, weil sie verbotene Flugchriften verteilt haben sollen.

Dem Kommunisten Siegfried Baruch wurden vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein Jahr drei Monate Gefängnis zudiktiert, weil er an Hand einiger Broschüren einen Vortrag über die Lehren des Januar-Kämpfe 1919 gehalten hat. Die Herren in Leipzig, die noch immer wagen, ihren Rechtsprüchen das „Gesetz zum Schutze der Republik“ unterzulegen, hielten die Baruchs Tätigkeit für Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens.

Hoffentlich lernt die Arbeiterschaft aus diesen Erfahrungen, daß von all diesen Herren nicht einer verdient, von einer Arbeiterregierung im Amt gelassen zu werden.

## 21 Haftentlassungen in Altona.

Vom Pressedezernenten des Landgerichts Altona wird mitgeteilt, in dem Ermittlungsverfahren betreffend die Straßentrüben in Altona vom 17. Juli d. J. hat die Anklagebehörde beim Untersuchungsgericht die Entlassung von 21 Beschuldigten veranlaßt. Es handelt sich hierbei um Personen, gegen welche die Erhebungen zur Zeit als abgeschlossen anzusehen sind und gegen die ein schwererer Verdacht als derjenige der Teilnahme am einfachen Landfriedensbruch und der Begünstigung gegenwärtig nicht mehr besteht.

Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf den Bericht, den ein überparteilicher Untersuchungsausschuß über die Vorgänge in Altona herausgegeben hat („Funke“ Nr. 207).

# Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

87)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Es ist einfach ausgeschlossen, daß der Kaiser und seine Armee sich einer Handvoll von Revolutionären fügen! Die selbe Armee, die sich vier Jahre lang die Bewunderung der ganzen Welt erworben hat, sollte nicht imstande sein, eine Bande ruchloser Matrosen zu überwinden!?

Der Erste Generalquartiermeister kennt diese „ruchlosen Banden“. Er hatte Gelegenheit, die Tragkraft ihrer Ideen zu beobachten. Vor seiner Berufung ins Große Hauptquartier war er Kommandeur von Kiew. Er hat eine große Armee, eine größere als die deutsche, und einen älteren Thron als den der Hohenzollern zerfallen sehen. Auf äußerstem Vorposten stand er gegen die neue rote Hauptstadt. Nur unter dem Schutz der deutschen Bajonette konnten die russischen weißen Garden, ihre Fahnen gegen den Bolschewismus ontrollen und Galgen für die Revolutionäre aufrichten.

Aber die Bajonette der deutschen Okkupationsarmee sind dabei stumpf geworden, die deutschen Truppen wurden vom bolschewistischen Geist infiziert und waren für den Kampf nicht mehr zu brauchen. Und die so plötzlich aufgetauchte Macht sitzt nicht nur in Moskau, sie sitzt auch in Berlin, sie sitzt mitten im deutschen Reich.

Vor drei Tagen hatte Groener in der Reichskanzlei mit Ebert, mit den Führern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, eine Aussprache. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm zur Gewißheit, daß der Kampf um mehr als um die Dynastie Hohenzollern geht. Ebert und die Sozialdemokraten, die während der vier Kriegsjahre sich als Männer mit nationalem Pflichtbewußtsein erwiesen, haben für die Erhaltung der Monarchie getan, was sie konnten. Sie seien keine Gegner der Monarchie an sich. Große Teile der Sozialdemokratie würden sich mit einer Monarchie mit sozialem Einschlag nach parlamentarischem System abfinden, erklärten sie.

Ebert betonte diesen Gedanken ausdrücklich und sagte: „Ich rate Ihnen, Herr General, dringend, noch einmal, die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie zu ergreifen und sogleich beschleunigt die Betrauung eines kaiserlichen Prinzen mit der Regentschaft zu veranlassen.“ Der Abgeordnete

Südekum beschwor ihn: „Herr General, gehen Sie doch auf Eberts Vorschlag ein, sonst steht eine furchtbare Katastrophe bevor.“ Ebert war ruhig wie immer. Doch Südekum verlor jede Haltung. Als er von der Monarchie sprach, standen ihm Tränen in den Augen. Und Scheidemann, der ans Telefon gerufen wurde, kam ganz verstört zurück und unterbrach nervös die Debatte: „Die Abdankung steht nicht mehr zur Diskussion, die Revolution marschiert. Die Kieler Matrosen haben auch in Hamburg und Hannover die Staatsmacht an sich gerissen!“

Die sozialdemokratischen Führer haben die Massen nicht mehr in der Hand, das ist Groener bei dieser Aussprache klar geworden. Und diese freigewordenen Massen sind heute dem Zugriff des Bolschewismus ausgesetzt. Und wenn der Bolschewismus den Sieg erringt, dann stürzt nicht nur der Thron Wilhelms II. und die Dynastie Hohenzollern, dann gehen die althergebrachten Besitz- und Eigentumsrechte an Grund und Boden und Produktionsmitteln verloren. — dann stürzt alles zusammen, was dem General als Grundlage der Zivilisation und Kultur erscheint. Der Bolschewismus ist der Feind. Und im Kampf gegen diesen neuen Gegner werden die Sozialdemokraten die besten Bundesgenossen sein.

Groener sieht den Kaiser an einer Wegbiegung stehen und auf v. Grünau einreden. Aus seinen Gedanken zurückkehrend, hört er die Würdenträger noch immer dieselben Phrasen wiederholen, die doch keinen realpolitischen Sinn mehr haben und die von der rastlos fortschreitenden Entwicklung schon ausgehöhlt sind.

Die Exzellenzen sprechen über die II. Gardedivision, die den Rücken des Hauptquartiers decken soll.

„Selbst Mannschaften der Garde lehnen sich auf!“

„Das begreife ich nicht bei preußischen Soldaten, die dem Kaiser die Treue geschworen haben! Der Fahneneid gehört ganz einfach zu den Imponderabilien auch des einfachsten Mannes in unserm Heer!“

„Sie müssen sich doch nicht wundern!“ sagt Groener. „In Zeiten revolutionärer Gärung spielt der Fahneneid nicht mehr die Rolle, die man von ihm erwartet. Zuletzt wird er zu einer bloßen Fiktion, von der keine Wirkung mehr ausgeht.“

Der Fahneneid eine bloße Fiktion ohne Wirkung!?

Ein Soldat käme mit solcher Anschauung vors Kriegsgesicht, ein Offizier fiele der gesellschaftlichen Achtung anheim. Aber hier ist es der erste Soldat und erste Offizier der Armee, der diese Ungeheuerlichkeit ausspricht. Die Würdenträger im Generalsaufputz und in goldbestickten Admiralsuniformen sehen den Ersten Generalquartiermeister betroffen an. Hilfe erwartend, suchen sie das Gesicht des Feldmarschalls v. Hindenburg, doch der blickt mit leeren Augen zu der Stelle hin, an der noch eben Seine Majestät gestanden hat.

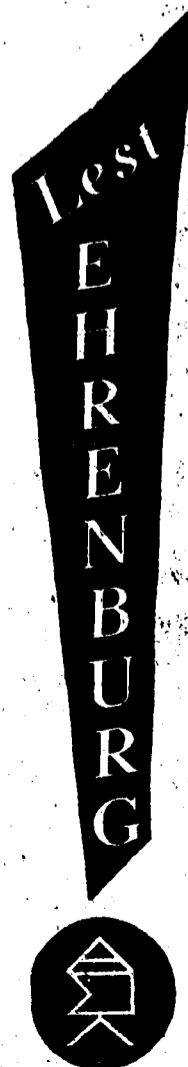
Auf der einsamen Landstraße nähert sich ein feldgraues Auto. Es biegt in den Garten ein und fährt in schnellem Tempo an das Haus heran. Der Kronprinz in der Uniform der Totenkopfhusaren springt aus dem Wagen. Er sieht den Chef seiner Armee und Hindenburg und Groener und die ratlos herumstehenden Generäle. Mit lauter Stimme ruft er herüber: „Sind denn die paar Matrosen noch nicht an die Wand gestellt?“

Der Generalquartiermeister hat keine Antwort.

Der Feldmarschall gibt auch keine. Graf Schulenburg geht dem Kronprinzen entgegen und begleitet ihn ein Stück in den Garten hinein. Er unterrichtet ihn über das Vorgefallene und bemüht sich, ihm in schnellen Sätzen seine und des Generalobersten v. Plessens Auffassung über die Abdankungsfrage beizubringen; damit der Kronprinz sie dem Kaiser gegenüber vertritt; wenn die Abdankung als deutscher Kaiser nicht zu umgehen sei, solle Seine Majestät wenigstens König von Preußen bleiben!

Dann stehen Kaiser und Kronprinz allein im Garten.

(Fortsetzung folgt.)





# 9 Antifaschisten vor dem Berliner Sondergericht.

Hk. Der Totschlagsprozeß gegen neun Charlottenburger Arbeiter, der am Dienstag vor dem Berliner Sondergericht begann, ist der bisher umfangreichste Prozeß vor diesem Gericht. Voraussichtlich wird er etwa eine Woche dauern.

## Die Anklage

lautet gegen Calm, Zweig, Schall, Sterdt und Heine auf Totschlag in einem, und versuchten Totschlag in zwei Fällen; gegen Tobehn, Krüger, Beier und Kolo-sche auf Beihilfe und gegen Calm außerdem auf Rädelführerschaft. Auf welche Angaben sich die Totschlagsanklage gegen die ersten fünf Angeklagten gründet, während die übrigen vier nur auf Beihilfe angeklagt werden, ist aus der Beweisaufnahme vom Dienstag noch nicht klageworden.

## Hier gibt es Nebenkläger!

Wir haben sowohl in der Verhandlung gegen die Mörder von Potempa als auch in der Verhandlung gegen die Mörder von Siemensstadt vermißt, daß einer der geschädigten Proletarier als Nebenkläger auftrat und daß auf diese Weise ein linksstehender Anwalt die Möglichkeit hatte, die Beweisaufnahme gegen die nationalsozialistischen Mörder und Mordhelfer zu verschärfen. Wie notwendig dies ist, haben wir im Falle Siemensstadt ausführlich begründet („Funke“ vom 8. September): dort hat weder die Staatsanwaltschaft gegen elf von der Polizei namentlich festgestellte Nazis wegen des ihnen nachgewiesenen Landfriedensbruchs Anklage erhoben, noch hat das Gericht wenigstens die beiden von ihnen, die wegen anderer Delikte unter Anklage standen, auch wegen Landfriedensbruchs bestraft.

Sicher ist es für die proletarischen Hilfsorganisationen das Wichtigste, für die Verteidigung der proletarischen Angeklagten zu sorgen. Aber gleichwohl sollte die andere Aufgabe, für die Strafverfolgung nationalsozialistischer Mörder zu sorgen, nicht vernachlässigt werden. Denn die strenge gerichtliche Verfolgung dieser Mörder ist zur Zeit der einzig mögliche Schutz gegen sie, da seit der Terrorverordnung jede Betätigung eigener proletarischer Schutzorganisationen von den schärfsten Strafen bedroht und infolgedessen weitgehend unterdrückt worden ist.

Im Prozeß gegen die Charlottenburger Kommunisten gibt es Nebenkläger: die beiden verletzten SA-Leute, die nicht selber in der Verhandlung anwesend waren, aber durch zwei Anwälte vertreten wurden. Und die gesamte Tätigkeit dieser Anwälte am Dienstag zielte darauf ab, vor allem die Hauptanklage gegen Calm (auf Rädelführerschaft) zu stützen.

## Häuserschutzstaffeln.

Für diese Anklage spielt Calms Tätigkeit als Organisator von Häuserschutzstaffeln eine wesentliche Rolle. Ueber diese Arbeit spricht Calm ausführlich, und zwar — wie bei seiner ganzen Aussage — in sicherer und klarer Weise. Als Aufgabe der Staffeln bezeichnet er nicht nur die Abwehr nationalsozialistischer Ueberfälle, sondern auch die Agitation unter den Nazianhängern des fraglichen Häuserblocks: Aufgabe der Staffeln sei es, durch viele Diskussionen die Nazis in die antifaschistische Front hinüberzuziehen. Vielfach sei das gelungen; auch SA-Leute habe man herübergeholt. 95 Prozent der beiden Staffeln, die in diesem Prozeß eine Rolle spielen, seien Unorganisierte gewesen. Im übrigen standen aber die Staffeln durch die 5 Prozent Kommunisten mit den KP-Zellen in Verbindung, sodaß praktisch die KP-Zellen die Kontrolle über die Staffeln ausübten. Einer neugegründeten Staffel werde jedesmal eine ältere als sogenannte Patenstaffel beigegeben, die die neue Staffel betreut. Calm erzählt, daß er, sobald eine Staffel gegründet gewesen sei, und sich eine Leitung gewählt habe, er die neue Staffel sich und der Patenstaffel überlassen habe; Calm wandte sich dann anderen Neugründungen zu. Die Mitangeklagten, die derartigen Staffeln angehören, sind meist junge Genossen (um 20 Jahre). In der Gründungsversammlung der Staffel Röntgenstraße (am 23. oder 24. August), zu der Jugendgenossen von Mund zu Mund eingeladen hatten, hat Calm nur wenige Versammlungsteilnehmer persönlich gekannt.

## Die Schlüsse vom 29. August.

Sie fielen, als die Kommunisten nach einer Versammlung der Staffel Röntgenstraße, die in der Galvanistraße stattgefunden hatte, ihre in der Röntgenstraße wohnenden Genossen nach Hause brachten, weil dort noch kurz vor der Versammlung ein Jugendgenosse von Nazis überfallen worden war. Die Kommunisten sind in die Röntgenstraße eingebogen und auf der dem Nazilokal (Nummer 12) gegenüberliegenden Seite gegangen. Calm hat vom Eingang Röntgenstraße das Mündungsfeuer aus mehreren Pistolen beobachtet, und seine Beobachtungen stimmen genau überein mit den Ergebnissen der Nachforschungen des Schießsachverständigen. Danach sind alle Schlüsse von der Straßenseite des Nazilokals her gefallen, einige aus dem Hauseingang Nr. 12. Fünf von den untersuchten neun Einschüssen liegen auf dem Eckhaus, um das die Kommunisten in die Röntgenstraße einbogen.

## Pistolen

sind den Kommunisten nicht abgenommen worden. Lediglich zwei sind gefunden worden: auf dem Hof und auf einem Fenstersims im Hof des SA-Lokals. Aus einer dieser beiden ist nach dem Gutachten des Sachverständigen am fraglichen Abend nicht geschossen worden, aus der anderen ist geschossen worden und einige aus ihr stammende Hülsen sind im Hauseingang 12 gefunden worden. Andere Hülsen, die teils ebendort, teils anderswo gefunden wurden, stammen aus zwei nicht gefundenen Pistolen, und aus einer der beiden nicht gefundenen Pistolen stammt auch die Kugel, die den Gatschke getötet hat.

Im Hinterzimmer des SA-Lokals fand sich außerdem ein Koffer mit einem Dolch.

## Die Verletzten

waren zunächst auf der Straßenseite, auf der die Kommunisten gingen, hatten mit ihnen einen Wortwechsel, gingen dann herüber auf ihr Lokal zu. Da krachten die Schüsse.

Calm macht darauf aufmerksam, daß dieser Fall im Sturm 33 nicht der erste ist, daß SA-Leute von ihren eigenen Kameraden angeschossen wurden.

## Die Polizeiaussagen

über die Durchsuchung des Lokals lassen die Möglichkeit offen, daß SA-Leute aus dem Lokal über den Hausflur aus

dem Hauseingang 12 (nicht dem Lokaleingang) auf die Straße gelangt sind; denn kein Beamter hat den Hauseingang abgesperrt.

## Eine Dummheit

haben fünf Angeklagte dadurch begangen, daß sie vor der Polizei — in der Angst, in eine verhängnisvolle Sache verwickelt zu werden — falsche Aussagen gemacht haben: sie versuchten z. T. zu leugnen, überhaupt bei dem Weg durch die Röntgenstraße dabei gewesen zu sein. Vor Gericht korrigierten sie diese Aussagen.

Dies zeigt die Zweckmäßigkeit der Regel, vor der Polizei überhaupt die Aussage zur Sache zu verweigern und sich zur Sache erst vor Gericht — nach Beratung mit dem Verteidiger — zu äußern.

## Der erste Hauptbelastungszeuge,

der bei der Schießerei verletzte SA-Mann Kwiatkowski (Nebenkläger) eröffnet am Mittwoch vormittag die Zeugenreihe. Er ist bis Mittwoch mittag der einzige, der bestimmte Personen als Schützen wiedererkennen will: den Angeklagten Schall und den 17-jährigen Heine. Alle Schüsse, die Kwiatkowski beobachtet haben will, sollen aus einer

regelrechten Schützenkette von der dem SA-Lokal gegenüberliegenden Straßenseite aus nach der Seite des Lokals hin abgefeuert worden sein. Kwiatkowski will mit Gatschke, als die Schüsse fielen, etwa in Höhe des SA-Lokals auf der Straße gestanden haben — im Moment den Kommunisten drüben zugewandt. Kwiatkowski erhielt in beide Oberschenkel je einen Schuß. Von der Seite des Lokals aus hat er angeblich keine Schüsse beobachtet.

Der Befund des Schießsachverständigen (Einschläge nur gegenüber) bleibt nach dieser Aussage völlig unerklärt. Ganz unverständlich wäre nach Kwiatkowski auch die Feststellung des Sachverständigen, daß Gatschke aus einer Pistole erschossen worden ist, aus der 3 Hülsen am Hauseingang 12 gefunden wurden.

Trotz sehr ernster Vorhaltungen des Verteidigers Rosenfeld, der den Zeugen darauf aufmerksam macht, daß unter Umständen von seiner Aussage das Leben mehrerer Menschen abhängt, bleibt Kwiatkowski bei der Behauptung, Heine und Schall als Schützen wiederzuerkennen. Ob einer der beiden die Schüsse abgegeben hat, die getroffen haben, weiß Kwiatkowski nicht.

Es gelingt den Verteidigern Litten und Rosenfeld, die Aussetzung der Beerdigung des Zeugen durchzusetzen.

# Sparen! — beschließen die vereinigten Finanzminister.

## Eine bisher völlig übersehene Sparmöglichkeit.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsfinanzministerium fand am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers eine Besprechung mit den Finanzministern der Länder statt. Die eingehende Aussprache ergab, daß bei den noch immer sinkenden Einnahmen und den steigenden Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden die finanzielle Lage für viele Länder und Gemeinden in den nächsten Monaten

selbst bei Annahme einer leichten Besserung der Wirtschaft noch äußerst schwierig

werden wird und daher an weiteren Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen, wo solche noch bestehen, nicht vorübergegangen werden kann. Zur Prüfung dieser Frage wird bereits in den nächsten Tagen ein kleiner Ausschuß im Reichsfinanzministerium zusammentreten, dem ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums und sieben Vertreter der Länder angehören.

Wenn die Frage des Sparens auf dem Tapet steht, dann schlagen wir vor, daß zu den Konferenzen der Finanzminister auch der Herr Wehrminister zugezogen wird. Dessen Tätigkeit läßt sich wesentlich sparsamer einrichten, ja die Kosten für die augenblicklich von ihm verwaltete Einrichtung lassen sich reduzieren bis auf Null.

Aber von dieser Reduzierung, d. h. von der Abschaffung oder auch nur Beschränkung der Reichswehr sind wir in Deutschland weiter als je entfernt. Man muß die Manöverberichte der Rechts-Presse lesen, um zu erfahren, wozu in Deutschland verantwortliche Leute Zeit und Geld haben. Hier eine Probe einer Heeresberichts-Attrappe:

Fürstenberg/Oder, 20. September.

„Am Dienstag mittag kurz nach 14 Uhr traf Reichspräsident von Hindenburg in Begleitung eines kleinen

Stabes mit einem fahrplanmäßigen Zuge in Fürstenberg an der Oder ein. Der Reichspräsident in der Uniform des Generalfeldmarschalls machte einen außerordentlich frischen Eindruck. Nach kurzer Begrüßung durch Reichswehrkommandeure, Behörden und vaterländische Verbände, die einen großen Empfang vorbereitet hatten, begab sich der Reichspräsident im Auto unter dem Jubel einer nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge zu den Truppen auf das Manöverfeld. Er wird auch dem morgigen Manövertag noch beiwohnen und in Fürstenberg übernachten.“

Hindenburg hat die Gegend am Mittwoch verlassen; aber Herr von Schleicher kommt täglich für einige Stunden hinaus. Da entdeckt man dann für den Fortschritt der Menschheit ungeheuer wichtige Tatsachen: daß motorisierte Truppen schneller sind als gewöhnliche Fußtruppen, daß die Truppen sich so gut verstecken, daß man sie kaum findet und daß sie guter Laune sind, obwohl es immer abwechselnd heißt: „Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln!“ Leider allerdings, so meldet der Kriegsbericht aus dem Osten nichts Neues: die „demütigenden Bestimmungen des Versailler Diktats“ haben verhindert, daß man ein richtiges Heer aufstellen kann. Und so werden gegen die herrlichen Sachen wie Tanks, schwere Artillerie und Bombenflugzeuge „markiert“.

Wer solche Sorgen hat, der sollte, statt täglich ein paar Stunden diesen Kram anzusehen, täglich ein paar Stunden eine Stempelstelle aufsuchen — da kann er Elend sehen, das nicht markiert wird. Und wenn er die Sorgen der Erwerbslosen kennengelernt hat, dann kann er den Herren Finanzministern einen Vortrag halten darüber, wo sich in der Welt noch sparen läßt — nämlich am Etat des Heeres und der Marine.

## Geheimdiplomaten am Werk.

Wir berichteten kurz über das Ergebnis der Besprechung zwischen Papen, Held und Schäffer. Die Drei erklären jetzt, sie hätten sich gegenseitig zu strengster Vertraulichkeit verpflichtet, und diese sei auch gehalten worden. Die in der Presse verbreiteten Nachrichten über diese Unterhaltung seien also reine Mutmaßungen — die auch nicht zutrafen.

Was die Mutmaßungen betrifft, so kann man schon seit langer Zeit kaum ohne sie auskommen. Wer sich zu „Geheimhaltungen“ verpflichtet, der soll sich nicht wundern, wenn man aus der äußeren Dunkelheit seiner Arbeiten auch auf die innere schließt.

## Auch Preußen-Wahl im November? Preußen-Landtag und Papen-Regierung.

Der Preußische Landtag hat vor einiger Zeit einen kommunistischen Antrag angenommen, wonach „kein Beamter oder Angestellter verpflichtet ist, den auf Grund dieser Verordnung (die die Preußenregierung Braun-Sovering gestürzt hat, Red.) erlassenen Dienstanweisungen nachzukommen“. In der bereits gemeldeten Besprechung Kerrls mit Hindenburg und Papen hat dieser erklärt, daß sich die kommissarische Regierung Preußens mit den Beschlüssen des Landtags nicht abfinden könne.

Wenn der Konflikt auch hier weiter geht, was ziemlich sicher ist, da Kommunisten und Nationalsozialisten die Mehrheit haben, kann man unter Umständen auch mit einer Preußenwahl am 6. November rechnen.

Die Preußische Regierung boykottiert den Landtag auch am Mittwoch: sie wird keine Vertreter schicken, wenn die Abgeordneten über Brachte Badehosenverordnung und ähnliche Dinge debattieren; nach wie vor bleibt auch den Beamten der preußischen Ministerien der Zutritt zum Landtagsgebäude untersagt (und zwar seitens der Reichskommissare). Es wird gemeldet, daß nicht nur Papen selber, sondern auch die übrigen Herren Kommissare durch den Landtagsbeschluss, wonach die Staats-Beamten und -Angestellten von der Gehorsamspflicht gegenüber der — immer noch provisorischen — Regierung entbunden sein sollen, stark verstimmt worden seien.

Die Verhandlungen über den Reichs-Preußen-Konflikt vor dem Staatsgerichtshof wird erst im Oktober stattfinden — voraussichtlich. Angeblich sind die Schriftsätze von Baden und Bayern immer noch nicht in Leipzig eingetroffen.

## Von der ‚Tätigkeit‘ des Preußischen Landtages.

Rpt. Der Handlungsausschuß des Preußischen Landtags faßt seit Montag unchtwegt Beschlüsse, geradezu Beschlüsse am laufenden Band.

Auf kommunistischen Antrag wurde einstimmig beschlossen, die Lernmittel an den Berufsschulen kostenlos zu liefern. (Ein Beschluß über Beschaffung der Mittel liegt nicht vor!)

Auf Antrag der Nationalsozialisten wurde beschlossen, die Kreise Schmallkalden, Solingen und Remscheid als Notstandsgebiete anzuerkennen, ein umfassendes Arbeitsprogramm für diese Gebiete durchzuführen, ihnen staatliche Aufträge zukommen zu lassen und „auf Steuervergünstigung hinzuwirken“. (Wer bezahlt's?)

Auf Antrag des Zentrums wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Produktion von Schwefelkies in Deutschland zu begünstigen; dadurch könnten 22 Millionen Mark Devisen gespart und die Arbeitslosigkeit in den Kreisen Olpe und Meschede beseitigt werden.

Mit den Stimmen der SPD und NSDAP wurde ein nationalsozialistischer Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken angenommen. (Die Bankdirektoren werden darob den Humor nicht verlieren!)

Der nationalsozialistische Antrag, umfangreiche Maßnahmen auf Bevorzugung des deutschen Holzes zu treffen, wurde einstimmig angenommen.

Der Handlungsausschuß fordert die Kontingentierung der Einführung ausländischer Erze.

Dieses Regierung-Spielen der Vertreter des souveränen preußischen Volkes wird am besten dadurch beleuchtet, daß der Handlungsausschuß am Dienstag einen nationalsozialistischen Antrag annahm, in dem das

preußische Staatsministerium ersucht wird, „mit allen Mitteln“ auf die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September 1932 hinzuwirken.

— Der Reichskommissar für Preußen von Papen wird sich beeilen, dem Reichskanzler von Papen davon Kenntnis zu geben, daß ihn das souveräne Volk beauftragt hat, „mit allen Mitteln“ auf sich einzuwirken!

Zur Vorbereitung des Wahlkampfes tagte am Dienstag der Parteiausschuß der SPD.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Janowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

